

## Print-Veröffentlichung

<b>Medium</b>	Weser-Kurier		
<b>Datum</b>	Montag, 11. April 2022		
<b>Auflage</b>	122.811	<b>Anzeigenäquivalenz</b>	7.582 €
<b>Verbreitung</b>	Bremen & Umland		
<b>Platzierung</b>	Seite 7 (von 24), Rubrik „Bremen“		

# Stadt sucht Wohnungen für Obdachlose

## Bisher deutlich weniger Vermittlungen abgeschlossen als angestrebt – der Markt gibt es nicht her

**Bremen.** Die Stadt sucht nach geeigneten Wohnungen für Obdachlose – erste Vermittlungen innerhalb eines gerade angelaufenen Modellprojektes gibt es bereits. Andererseits hat Bremen bislang deutlich weniger Belegrechte für Wohnungen abgeschlossen als angestrebt. Das geht aus einer Senatsantwort auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor.

### Was sind Belegrechte?

Da bestimmte Personengruppen auf dem regulären Wohnungsmarkt kaum eine Chance haben, schaffen viele Städte finanzielle Anreize für Vermieter, damit diese zum Beispiel Mietverträge mit Wohnungslosen eingehen. Auch Bremen verfolgt diese Strategie: Neben einer Einmalzahlung sichert die Stadt Mietverträge zusätzlich ab und bietet den Wohnungseigentümern an, für eventuelle Mietausfälle und Schäden aufzukommen. Ziel dieser Kooperation ist es, benachteiligten Personen ein eigenständigeres Leben zu ermöglichen.

### Welche Ziele hat Bremen?

Die Stadtbürgerschaft hat im Herbst 2019 einen Antrag der rot-grün-roten Regierungskoalition beschlossen, in dem Zielwerte für Belegrechte genannt werden. Demnach soll die Stadt jährlich 50 Wohnungsbelegrechte ankaufen. Aus der aktuellen Senatsantwort geht hervor, dass bislang für insgesamt acht Wohnungen eine solche Vereinbarung getroffen worden sei. Drei weitere Wohnungen befänden sich in der „Angebotsphase“, über 23 Wohnungen werde verhandelt.

### Wie läuft das „Housing first“-Programm?

Das Projekt „Housing first“ wurde ebenfalls im Herbst 2019 von der Bürgerschaft auf den Weg gebracht, ist aber nach einer längeren Aufbauphase erst zu Beginn dieses Jahres angelaufen. Es folgt dem Motto: erst eine Wohnung, dann die weitere Stabilisierung. Das Projekt richtet sich an obdachlose Menschen, darunter auch Suchtkranke und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Teilnehmer sollen sich aus einem eigenen, sicheren Umfeld heraus um ihre

Probleme kümmern können. Der 2019 beschlossene Antrag sieht eine Verknüpfung von Belegrechten und „Housing first“ vor. Von den jährlich 50 anzukaufenden Belegrechten sind demnach 35 für „Housing first“ vorgesehen. Laut Senatsantwort ist bislang im Rahmen des Projektes noch keine Wohnung über das Belegrecht vermittelt worden. Der Senat betont allerdings, dass das Belegrecht lediglich ein Instrument im „Housing first“-Konzept sei. Insgesamt seien bislang vier Vermittlungen auf anderen Wegen erfolgt, sieben stünden noch an.

### **Was wird gesucht?**

„Housing first“ ziele vorrangig auf Inklusion ab, heißt es in der Senatsantwort. Gesucht würden vorhandene Wohnungen. Die Sozialsenatorin betrachte es „grundsätzlich nicht als zielführend“, größere Objekte für nur eine Zielgruppe zu nutzen. Es bestehe eine Absprache mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewoba über den Ankauf von kleinen Immobilien, in die wohnungslose Menschen als Mieter einziehen könnten. Allerdings, so der Senat weiter, gebe der Markt solche Objekte aktuell kaum her. Für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht seien, werde außerdem ein gewisser Anteil von Wohnungen aus Förderprogrammen zur Verfügung gestellt. Dabei handele es sich meistens um Neubauwohnungen.

## Unmut bei Seniorenvertretern

Warum verschiedene Organisationen Nachbesserungen bei der geplanten Energiepauschale fordern

VON NINA WILLBORN

**Bremen.** In zweieinhalb Wochen will Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) dem Bundeskabinett den Ergänzungshaushalt vorlegen. In ihm enthalten ist in Höhe von insgesamt rund 17 Milliarden Euro auch das zweite Paket mit dem vergünstigten ÖPNV-Ticket und verschiedenen anderen Hilfen, mit denen die Bundesregierung die Menschen bei den Energiekosten entlasten will. Kern ist ein Gehaltszuschuss von 300 Euro für alle einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen. Selbstständige sollen die Pauschale als verringerte Steuervorauszahlung erhalten.

Leer ausgehen würde nach den derzeitigen Plänen dagegen neben Minijobbern auch ein Großteil der Rentnerinnen und Rentner. Verschiedene Vertreter von Bremer Senioren-Interessensgruppen fordern daher – genauso wie die Bundesorganisationen der Sozialverbände – Nachbesserungen. Dass die Bundesregierung einen Teil der Bevölkerung entlaste, ist laut Michael Breidbach, Sprecher der Bremer Seniorenvertretung, wichtig. Genau, dass Einkommensschwächere dabei bevorzugt würden. „Mit einer Ausnahme: Für Rentnerinnen und Rentner gibt es nichts“, sagt er, „auch nicht für die Armen. Das ist aus Sicht der Seniorenvertretung völlig inakzeptabel.“

### Warum in Bremen besonders viele Rentner leer ausgehen würden

Rund zwei Drittel der bundesweit etwa 21 Millionen Rentner müssen keine Einkommenssteuer zahlen, weil sie unter der Freibetragsgrenze von knapp 1000 Euro im Monat liegen. Sie bekämen die Einmalzahlung also nicht. Anders Empfänger von Sozialhilfe im Alter: Sie sollen steuerfrei einmalig 100 Euro erhalten.

In Bremen ist die Gruppe von Ruhestandlern, die am Existenzminimum lebt, im bundesweiten Vergleich besonders groß. Laut Mikrozensus lag die Armutgefährdungsquote bei Männern ab 65 Jahren im Jahr 2019 bei durchschnittlich 13,7 Prozent (Frauen ab 65 Jahren: 16,2 Prozent). Von den Bremer



Steigende Energiekosten zwingen Rentner, mehr mit ihrem Geld zu haushalten. Sozialverbände fordern, dass auch sie von der geplanten Energiepauschale profitieren sollen.

FOTO: ANDREAS GEBERT/DPA

trage ein Teil der eigentlich Berechtigten keine Sozialhilfe.

### Was Interessenvertreter fordern

Laut der Seniorenvertretung sollte die Ampel-Koalition in die 300-Euro-Pauschale auch die Menschen aufnehmen, die nur kleine Renten beziehen. Aus Sicht der Senioren-Union der Bremer CDU ist dabei zusätzlich wichtig, dass die Zahlung steuerfrei bleibt. „Ansonsten würden viele mit Renten von bis zu 1000 Euro über die Freigrenze rutschen, was dann ein Nachteil wäre“, sagt CDU-Landesgeschäftsführer Tobias Hentze. Insgesamt ist laut ihm auch fraglich, ob eine einmalige Pauschale ausreicht. „Ein Großteil der Menschen wird die Energie-Preissteigerungen erst Ende des Jahres mit den Abrechnungen zu spüren bekommen. Das kann ein echtes Armutsrisiko werden.“

Die Sozialverbände auf Landesebene schließen sich der Kritik ihrer Bundesorganisationen an. Grundsätzlich sei das Entlastungspaket ein positives Zeichen, teilt Joachim Wittmann mit, SoVD-Landesvorsitzender für Bremen und Niedersachsen. Der SoVD schlussfolgert aber, „dass die Regierung nicht nur die Rentner und Rentnerinnen, sondern auch – mal wieder – die Frauen vergessen hat. Denn der Großteil der Minijobber sind Frauen.“ Sinnvoll sei es, die Regelsätze in der Grundsicherung kurzfristig mindestens um 100 Euro pro Monat anzuhöhen. Der VdK fordert einen Rentenaufschlag

und hat sich außerdem dafür ausgesprochen, die Mehrwertsteuer auf Medikamente zu senken statt auf Sprit.

Auch Arno Gottschalk, Bürgerschaftsabgeordneter der SPD und Sprecher der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft „60 Plus“, berichtet von „Verärgerung“ in der AG und parteiinternen Diskussionen über den Rentner-Aspekt. „Ich weiß nicht, ob das alles schon der letzte Stand ist“, sagt er. „Wir haben schon viele Gesetzespakete gesehen, die vor der Verabschiedung noch geändert wurden.“

### Warum die Rentner bei der Pauschale nicht berücksichtigt wurden

Ganz klar sind die Gründe nicht, warum die Rentner bei der Pauschale nicht berücksichtigt wurden. Laut dem Bundesarbeitsministerium müssen Details der Beschlüsse erst noch geklärt werden, wie unter anderem die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet. Von anderen Maßnahmen wie dem verbilligten ÖPNV-Ticket und den geplanten Steuererhöhungen bei Benzin und Diesel würden zudem auch Rentnerinnen und Rentner profitieren.

Ein möglicher Hintergrund ist laut Magnus Brosig von der Arbeitnehmerkammer die Rentenerhöhung ab Juli – im Westen gibt es dann 5,35 Prozent mehr (Osten: 6,12 Prozent). Das sieht auch Seniorenvertretungssprecher Michael Breidbach so. „Fünf Prozent mehr Rente bedeuten für viele Men-

schen aber letztlich 50 Euro mehr“, sagt er. „Das hilft den Rentnerinnen und Rentnern angesichts der Kostensteigerungen in vielen Lebensbereichen nicht sehr viel weiter.“ Zumal, so Brosig, gerade sie sich überproportional lange in ihren Wohnungen oder Häusern aufhielten, also auch mehr Energie verbrauchen und sie „tendenziell auch in älteren, weniger energiesparenden Immobilien leben dürften“.

ANZEIGE

**Heute im Nest:**  
WIR SIND DIE SHOW!

**GOP. Varieté-Theater Bremen**

**Jeden Tag gewinnen!**  
Einfach auf [www.weser-kurier.de/ostern-2022](http://www.weser-kurier.de/ostern-2022) das richtige Osterei finden und mit etwas Glück gewinnen Sie heute:  
1 x Eintrittskarte „GOP Deluxe“ für 2 Personen inkl. Varieté-Show und 3-Gänge-Deluxe-Menü

**WESER KURIER**



„Für Rentnerinnen und Rentner gibt es nichts.“

Michael Breidbach, Sprecher der Bremer Seniorenvertretung

Rentnern und Pensionären hatten im Jahr 2020 nach Angaben der Arbeitnehmerkammer 23 Prozent monatlich weniger als 1124 Euro netto zur Verfügung, die Schwelle, mit der bundesweit Armutgefährdung definiert wird.

Rund sieben Prozent der über 65-Jährigen hatten noch weniger Einkommen zur Verfügung und bekamen deshalb Grundsicherung – wobei die Dunkelziffer der Armen, vor allem sind es Frauen, laut Referent Magnus Brosig und auch der Seniorenvertretung weitaus höher liegen dürfte: Aus verschiedenen Gründen, darunter auch Scham, bean-

## Stadt sucht Wohnungen für Obdachlose

Bisher deutlich weniger Vermittlungen abgeschlossen als angestrebt – der Markt gibt es nicht her

VON FELIX WENDLER

**Bremen.** Die Stadt sucht nach geeigneten Wohnungen für Obdachlose – erste Vermittlungen innerhalb eines gerade angelaufenen Modellprojektes gibt es bereits. Andererseits hat Bremen bislang deutlich weniger Belegrechte für Wohnungen abgeschlossen als angestrebt. Das geht aus einer Senatsantwort auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor.

### Was sind Belegrechte?

Da bestimmte Personengruppen auf dem regulären Wohnungsmarkt kaum eine Chance haben, schaffen viele Städte finanzielle Anreize für Vermieter, damit diese zum Beispiel Mietverträge mit Wohnungslosen eingehen. Auch Bremen verfolgt diese Strategie: Neben einer Einmalzahlung sichert die Stadt Mietverträge zusätzlich ab und bietet den Wohnungseigentümern an, für eventuelle Mietausfälle und Schäden aufzukommen. Ziel dieser Kooperation ist es, benachteiligten Personen ein eigenständigeres Leben zu ermöglichen.

### Welche Ziele hat Bremen?

Die Stadtbürgerschaft hat im Herbst 2019 einen Antrag der rot-grün-roten Regierungs-

koalition beschlossen, in dem Zielwerte für Belegrechte genannt werden. Demnach soll die Stadt jährlich 50 Wohnungsbelegrechte ankaufen. Aus der aktuellen Senatsantwort geht hervor, dass bislang für insgesamt acht Wohnungen eine solche Vereinbarung getroffen worden sei. Drei weitere Wohnungen befänden sich in der „Angebotsphase“, über 23 Wohnungen werde verhandelt.

### Wie läuft das „Housing first“-Programm?

Das Projekt „Housing first“ wurde ebenfalls

im Herbst 2019 von der Bürgerschaft auf den Weg gebracht, ist aber nach einer längeren Aufbauphase erst zu Beginn dieses Jahres angelaufen. Es folgt dem Motto: erst eine Wohnung, dann die weitere Stabilisierung. Das Projekt richtet sich an obdachlose Menschen, darunter auch Suchtkranke und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Teilnehmer sollen sich aus einem eigenen, sichereren Umfeld heraus um ihre Probleme kümmern können. Der 2019 beschlossene Antrag sieht eine Verknüpfung von Belegrechten und

„Housing first“ vor. Von den jährlich 50 anzukaufenden Belegrechten sind demnach 35 für „Housing first“ vorgesehen. Laut Senatsantwort ist bislang im Rahmen des Projektes noch keine Wohnung über das Belegrecht vermittelt worden. Der Senat betont allerdings, dass das Belegrecht lediglich ein Instrument im „Housing first“-Konzept sei. Insgesamt seien bislang vier Vermittlungen auf anderen Wegen erfolgt, sieben stünden noch an.

### Was wird gesucht?

„Housing first“ ziele vorrangig auf Inklusion ab, heißt es in der Senatsantwort. Gesucht würden vorhandene Wohnungen. Die Sozialsenatorin betrachte es „grundsätzlich nicht als zielführend“, größere Objekte für nur eine Zielgruppe zu nutzen. Es bestehe eine Absprache mit der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Gewoba über den Ankauf von kleinen Immobilien, in die wohnungslose Menschen als Mieter einziehen könnten. Allerdings, so der Senat weiter, gebe der Markt solche Objekte aktuell kaum her. Für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht seien, werde außerdem ein gewisser Anteil von Wohnungen aus Förderprogrammen zur Verfügung gestellt. Dabei handele es sich meistens um Neubauwohnungen.

hätten, die verriegelten Türen des Poles zu öffnen. Dann sollen sie die Frauen beleidigt und gegen die Scheibe des Autos gespuckt haben. Als sie wieder in ihr Fahrzeug stiegen, machte sich die 20-jährige bei vorbeifahrenden Polizisten bemerkbar und erzählte ihnen von dem Vorfall. Die Polizisten wollten die Männer kontrollieren, die aber Gas und touchierten auf ihrer Flucht auf dem Bahnhofsvorplatz ein parkendes Taxi. Dort liefen die Männer den Transporter stehen und flüchteten zu Fuß weiter in den Hauptbahnhof. Die Einsatzkräfte holten die beiden ein und nahmen sie vorläufig fest. HPP

### GEWINNZAHLEN

**Lotto:** 5, 17, 27, 33, 43, 45; Superzahl: 6.  
**„Spiel 77“:** 4 8 4 1 3 1 8.  
**„Super 6“:** ★ 2 9 7 4 9 8.

GLÜCKSSPIRALE	Sonnabend, 9.4.
Wochenziehung	1 = 10 Euro
	53 = 25 Euro
	887 = 100 Euro
	5266 = 1000 Euro
	76.631 = 10.000 Euro
	115.905 = 100.000 Euro
	679.459 = 100.000 Euro
Prämienziehung	0.046.243 = 10.000 Euro*

\*20 Jahre monatlich als „Sofortrente“ oder einmalig 2,1 Millionen Euro (Alle Angaben ohne Gewähr.)



FOTO: HAINE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA

Bremen sucht weiterhin Wohnraum für Obdachlose, damit die nicht auf der Straße leben müssen.